

Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Samstag

6

September

Telefon: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Bezugspreis für das Vierteljahr 4.50 Mk., für den Monat 1.50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4.82 Mk., monatlich 1.64 Mk. mit Beleggeld, für Abnehmer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — Anzeigenpreis: 25 Pfg. für die kleine Zeile, für ausm. Anzeigen 40 Pfg., Reklamezeile 2.00 Mk.; bei Wiederholungen entfällt Nachschlag. Schluss der Anzeigenannahme: für größere Anzeigen Samstag 4, für kleinere Anzeigen Samstag 6 Uhr. Postfach-Konto: Nr. 1632 beim Postamt Frankfurt a. M.

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 30. Zweig-Geschäftsstellen in Dettich (Otto Eichen), Marktstraße 9 und Elmille (H. Fabig-Wilms), Eder-Güterberg- und Lammstraße. Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil: Dr. H. J. Dahmen; für den geschäftlichen Teil: Dr. H. J. Dahmen; für den Druck: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Nr. 208 — 1919

37. Jahrgang

Bekanntmachung

Die anzuwendenden Grundbedingungen betr. den Verkehr mit Postpaketen sind diejenigen, welche durch den Weltpostvertrag vom 20. Mai 1906 festgesetzt und durch den von allen kriegsführenden Staaten unterzeichneten Friedensvertrag wieder in Kraft gesetzt worden sind.

1. Postpakete.

Es erlaubt sich insbesondere aus dem Artikel 5 des besagten Vertrages und dem Schluß 9. 203/CR vom 5. Juni, das ohne irgendwelche Genehmigung als Postpaket gefaselt werden können:

a) Geschäftsbriefe und Drucksachen. Wohlverpackte Briefe unter der Bezeichnung Drucksachen kleinerer Zeitungen, Broschüren oder Veröffentlichungen jeder Art, welche von dem Herrn Kaiser (K. d. R.) verboten worden sind, in das besagte Gebiet eingeführt werden.

b) Warenproben (Muster ohne Wert) unter den durch § 3 festgelegten Bedingungen und bis zum Höchstgewicht von 350 Gramm.

NB. Die Warenproben dürfen keine Gegenstände mit Verkaufswert enthalten. — Die Befreiung einer gewissen Anzahl Proben der gleichen Art, durch die Befreiung an anderen Gegenständen, ebenso wie die Befreiung an anderen Proben einer größeren Menge als die Befreiung, welche als Muster ohne Wert angesehen werden kann, sind als Befreiung anzusehen und unterliegen den Strafen und Nebenbestimmungen des Art. 8. Der Befreiung vom 5. Juni (Schlußsatz) 8. Monate Befreiung und bis 10000 Fr. Geldstrafe).

2. Postroll.

Unter Postroll sind zu verstehen alle Pakete, deren Gewicht zwischen 350 gr und 5 kg beträgt.

a) Das die Befreiung von Postroll von und nach Belgien, Frankreich, Italien, Holland, Luxemburg und anderen Ländern, die den Postvertrag unterzeichnet haben, betrifft, sind die anzuwendenden Bestimmungen und Tarife, die vom Weltpostvertrag vom 20. Mai 1906, welche von obengenannten Ländern unterzeichnet sind.

b) Für die Länder, welche den Vertrag nicht unterzeichnet haben, gelten die Tarife und Bestimmungen, welche durch besondere Verträge zwischen Deutschland und den betreffenden Ländern festgesetzt wurden. Dies betrifft insbesondere den Verkehr mit England und den Vereinigten Staaten.

In allen Fällen ist der Postrollverkehr sämtlichen Regeln und Bestimmungen des Beschlusses vom 5. Juni unterworfen.

Als zugelassenes Höchstgewicht für Sendungen von und nach sämtlichen alliierten oder neutralen Ländern bleibt das Gewicht von 5 kg.

L'Administrateur du cercle de Wiesbaden-Ville
Signé: TOUSSAN.

Vortrag im Kurhause

Herr Douville, Professor der Geschichte, wird heute abend 8 1/2 Uhr einen Vortrag in französischer Sprache im kleinen Saale des Kurhauses halten über: „Das soziale und wirtschaftliche Werk der Franzosen auf dem linken Rheinufer in den Jahren 1792—1814.“ (L'oeuvre sociale et économique des Français sur la rive gauche du Rhin 1792—1814.)

Das Urteil der Welt

* Wie urteilen die neutralen und feindlichen Länder über die gegenwärtige Lage in Deutschland? Dieses Urteil muß naturgemäß für uns von Bedeutung sein, weil die fremden Völker den Ereignissen fernher stehen und dadurch vielleicht besser in der Lage sind, Wichtige von Unwichtigen zu unterscheiden und ein begründetes Gutachten über Deutschlands Zukunft abgeben können. Nun sei von vorn herein betont, daß man im Ausland durchweg uns das russische Schicksal voraussagt. Was Deutschland nicht überrollen darf. Denn hier wie dort ist aus der politischen Revolution eine wirtschaftliche Bewegung geworden, eine Bewegung, die noch längere nicht abgeschlossen ist, sondern immer größere Formen annimmt. Es wird im Deutschen Reich von Tag zu Tag schlechter. Trotz gewaltiger Lohn- und Gehaltssteigerungen fallen in Wirklichkeit die Löhne, weil die Kaufkraft des Geldes rapide sinkt. Wir kommen das alles in den letzten Tagen wieder deutlich beobachten. Auslandsware, die vor acht Tagen im Kleinverkauf noch beispielsweise 5 Mark kostete, wird heute im Großhandel mit 8 Mark notiert. Die Regierung selbst kündigt ja auch an, daß der schlimmste Winter bevorstehe. Wie es demnach wirtschaftlich in den nächsten Monaten aussieht, können wir ahnen. Die größten Verfassungen stellen sich ein. Naturgemäß muß die wirtschaftliche Not auf die politischen Verhältnisse zurückwirken. In Kreisen des Londoner Auswärtigen Amtes sagt man die Lage dahin zusammen: „Deutschland steht vor dem Abgrund und wird Rußland nachfolgen, natürlich mit einer Diktatur von links, weil die reine materielle Politik Deutschlands diesem System in die Arme fällt.“ In London meint man weiter, es sei nicht ausgeschlossen, daß Deutschland in kurzer Zeit zwei Regierungen haben werde, die sich in Berlin, und eine neue von rechts, die sich wahrscheinlich im Osten hehrt machen werde und ihre Stütze in den abziehenden zurückgelassenen Truppen finde. Der Kampf zwischen rechts und links werde wahrscheinlich zugunsten der Rechten entschieden werden. Feindlich urteilt man in Frankreich

und England, denen ja ein umfangreiches Material zur Beurteilung der ganzen Angelegenheit zur Verfügung steht. Und auch Millionen Deutsche sehen eine neue Revolution mit tiefen Schritten herannahen, weil die gegenwärtige sozialdemokratische Regierung uns wirtschaftlich in allerhöchster Gefahr nicht nur hat, weil alle früheren Versprechungen sich als Schwindel erweisen haben.

Einmütigkeit besteht darüber, daß es so wie bisher nicht lange mehr weitergeht. Seit Monaten, ja, eigentlich seit dem Tage des Kriegsbeginns leben wir von dem Kapital, nicht von der Arbeit und von dem Einkommen. Nun sind wir bald soweit, daß flüssiges Kapital nicht mehr vorhanden ist. Wir werden zahlungsunfähig gegenüber dem Ausland, die Zahlungsmittel werden sich darin auflösen, daß keinerlei Rohstoffe und Lebensmittel mehr über die Grenze hereinkommen. Dann geht dem deutschen Volk naturgemäß der Atem vollständig aus. Davon haben die radikalen Parteien der Linken den Vorteil. Sie werden notgedrungen die Regierung übernehmen müssen, um dann auch ihrerseits ihre völlige Unfähigkeit zu dokumentieren. Die bürgerlichen Parteien sind in das sozialdemokratische Kabinett eingetreten, um Deutschland vor dem Chaos zu retten. Mehr als einmal haben wir die Frage gestellt, ob Deutschland überhaupt gerettet werden kann. Das erschien uns völlig ausgeschlossen. Jedermann weiß, wie die Rettung möglich ist, jedermann weiß aber auch, daß die Straße alle Rettungsmaßnahmen verwerfen würde. Die sozialdemokratische Partei wirft ihren früheren Agitationsgrundsatz, daß Alfred von Nordlohn sei, über Bord und findet, daß der Alfredlohn die gerechte Entlohnung sei. Doch diese Auffassung führt auf den entscheidenden Widerspruch der sozialdemokratischen Arbeiter. Selbst wenn darum die Regierung alle Mittel zur Anwendung bringen wollte, die zur Rettung führen, so würde sie ein völliges Fiasko erleben. Eine Revolution läßt sich nicht plötzlich aufheben, sie muß und wird sich ausbreiten. Das haben wir in Frankreich nach 1789, das haben wir in England seit zwei Jahren erlebt. In Deutschland wird es leider nicht anders sein. Die bürgerlichen Parteien haben mit ihrem Eintritt in die Regierung den Todesstempel verlängert, ohne das Sterben zu verhindern. Das Ausland hält den Zusammenbruch für sehr nahe bevorstehend. Wer die Entwicklung verfolgt, wird sich dem nicht verschließen können. Soviel steht heute fest, daß die Sozialdemokratie den Aufbau des Landes nicht durchführen kann, diese Arbeit muß sie anderen überlassen. Doch wird der Augenblick erst dann gekommen sein, wenn wir nicht mehr zu heilen und zu brechen haben. Die Irreführungen des Sozialismus müssen jedermann als wirkliche Irreführungen zum Bewußtsein gekommen sein. Dann erst ist ein Neuaufbau des Reiches möglich. Ohne völligen Bankrott finden wir den Weg zur Vernunft niemals zurück.

Es ist möglich, daß in den nächsten Wochen überraschende Ereignisse eintreten. Nach allem, was man hört und liest, wird die Kollisionsgefahr zwischen Frankreich und Deutschland sehr groß sein. Diese Kollisionsgefahr ist selbstverständlich die Entwicklung der Welt zu beschleunigen. Aber auch ohne Kollisionsgefahr wird der Untergang nicht aufhalten können. Denn, wie gesagt, sinken trotz enormer Lohn- und Gehaltssteigerungen die Löhne und Gehälter, weil die Kaufkraft des Geldes noch stärker fällt. Unsere ganze Wirtschaftspolitik ist grundfalsch. Wir haben zwar große Worte zur Hand, doch an Taten gebricht es uns leider. Es wundern uns, wie die Minister und Staatssekretäre der Entwicklung der Dinge mit solcher Gelassenheit zusehen. Auch in Berlin und Weimar muß man doch längst erkannt haben, daß wir in das graue Elend hineinsinken. Hat man das aber erkannt, so müssen auch die Konsequenzen gezogen werden. Insbesondere von den bürgerlichen Parteien und hier wieder insbesondere von dem Zentrum. Die Zentrumspolitiker dürfen sich nicht mitreden machen an der Verlängerung des Todeskampfes. Ja, wir sind überzeugt, daß demnächst die Sozialdemokratie alle Schuld auf die bürgerlichen Parteien in der Regierung werfen wird, weil eben die bürgerlichen Parteien jede gesunde Reform verhindert hätten. Demgegenüber gilt es auf der Hut zu sein. Wenn das Urteil des Auslandes richtig ist, muß gehandelt werden. Jeder Tag Verfallnis läßt sich später nicht mehr einkufen.

Zur Reichsverfassung

nz. Berlin, 5. Sept. Eine große Reihe von Vorschriften der Verfassung unterliegt jetzt der gesetzlichen Regelung durch das Reichsministerium des Innern. Diese Gesetze betreffen:

Den Vollzug des Artikels 13 Absatz 2 der Verfassung über die Konkurrenz zwischen Reichsgesetzen und Staatsgesetzen; Schaffung eines Staatsgerichtshofes; die haben in Verbindung mit dem Reich über die Wahl des Reichspräsidenten und den Bestimmungen über die Volksabstimmung bei Neubildung von Staaten und über Volksrecht und Volksentscheid; ein Reichsverwaltungsgericht; Entschädigung und freie Fahrt der Reichsstaatsmitglieder; die Stellung der Reichsbeamten und der öffentlichen Beamten, die nicht Reichsbeamte sind; das Einsetzen der Reichsbeamten im Falle von Gewalt, Tumulten usw.; Bestimmungen über die Reichs- und Staatsangehörigkeit; die Freiheitsbewegung; die Auswanderung; das Kinowesen; es ist noch fraglich, ob dies durch Landes- oder Reichsgesetz erfolgt; gesetzliche Bekämpfung der Schmutzliteratur; Zwangsmaßnahmen gegen die Verhaftung der Jugend; Kennzeichnungsverfahren für

langen unter freiem Himmel; Regelung des Verhältnisses zwischen Volksschule und Religionsunterricht. Im Reichsministerium des Innern ist unter Leitung des Unterstaatssekretärs Schulz eine neue Abteilung 2 eingerichtet, die sich nur mit kulturellen Fragen befaßt.

Berlin, 5. Sept. Wie zuverlässig bekannt, wird voraussichtlich die preussische Verfassung der Landesversammlung bei ihrem Zusammentritt vorgelegt werden.

Wilson über den Friedensvertrag

nz. Amsterdam, 5. Sept. Prof. Dr. Wilson meldet aus Annapolis, daß Wilson die Handreichung durch Amerika angetrieben hat. Er hielt seine erste Rede in Columbus (Ohio) und erklärte bei dieser Gelegenheit, seine Absicht sei, seinen Landsleuten Bericht zu erstatten. Der Friedensvertrag mit Deutschland bestrafe Deutschland, er denke aber nicht daran, ein großes Volk zu erschmettern. Man habe Zurückhaltung an den Tag gelegt, und es sei nicht vorgesehen, Deutschland mehr Schadenvergütung zahlen zu lassen, als es zahlen könne. Er sei erfreut über einige Bemerkungen, die über den Friedensvertrag gemacht worden seien und die bewiesen, daß man ihn nicht verstanden habe. Der Völkerbund ist die Erfüllung des Versprechens, der die Vereinigten Staaten veranlaßt habe, in diesem Kriege mitzukämpfen. Wenn der Völkerbund nicht errichtet werden würde, würde man den im Kriege Gefallenen die Treue brechen. Der Friedensvertrag gebe den kleinen Nationalitäten das Recht, ihr eigenes Leben zu leben. Dafür hätten die Amerikaner gekämpft. Italien brauche keine aus strategischen Gründen zu militärischen Zwecken, obwohl sich dort nur zerstört italienische Niederlassungen befänden. Im Rahmen des Völkerbundes würde Italien diesen Schritt nicht nötig haben. Es sei ihm, Wilson, lieber, jedermann an seiner Seite zu haben, als gezwungen zu sein, bis an die Zähne bewaffnet zu bleiben. Mit dem Friedensvertrag werde versucht, den Ungerechtigkeiten in Europa ein Ende zu machen. Seiner Ansicht nach habe man auch einen verhältnismäßigen Erfolg zu verzeichnen, verhältnismäßig deshalb, weil die nationalen Grenzen nicht immer deutlich seien und nicht immer mit völliger Genauigkeit gezogen werden könnten. Zum Schluß wies der Präsident die Arbeitergefahr an.

Der österreichische Friedensvertrag

Dz. Wien, 5. Sept. Der Kabinettsrat beschloß nach der Erörterung des Friedensvertrages folgendes, ihn der Nationalversammlung zur Annahme zu empfehlen. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses berichtete Staatskanzler Renner über die Verhandlungen in St. Germain und erklärte, es sei notwendig, den vorgeschlagenen Vertrag zu unterzeichnen. Der wirklich-ökologische Abbaufaktor unter allgemeiner Zustimmung dem Staatskanzler Renner und dessen Mitarbeitern für die ungeheure Arbeitsleistung der letzten Monate. Der Hauptausschluß beschloß, der Nationalversammlung einen Antrag zu unterbreiten, den Leiter der Friedensdelegation zu beauftragen, den vorliegenden Vertrag zu unterzeichnen.

nz. Wien 5. Sept. Ein Rundschreiben des Wiener Nordbundes und von selbst: Der Oberst hat die Freie für die Annahme oder Ablehnung des deutsch-österreichischen Friedensvertrages um zwei Tage, bis zum 9. September, verlängert.

Dominions und Friedensvertrag

nz. Amsterdam, 5. Sept. Dem „Marneen Handelsblatt“ zufolge hat Neu-Seeland als erstes britisches Dominion den Friedensvertrag mit Deutschland ratifiziert.

Lord George in Paris

nz. Versailles, 6. Sept. In der nächsten Woche kommt dem „Temps“ zufolge Lord George nach Paris, um mit Clemenceau eine Reihe England und Frankreich betreffende Fragen zu besprechen.

Adolf Hoffmann über die Schule

Berlin, 5. Sept. Am Donnerstag, 4. September, verhandelte die Stadtverordnetenversammlung unter anderem auch über Schulfragen. Es kam hierbei in späteren Abendstunden zu großen Ständarten. Der radikale unabhängige Stadtverordnete Dr. Rosenfeld richtete heftige Angriffe gegen die Schulbehörde, die beschloffen habe, die Lehrer vor „unzulässigen“ Beeinflussungen der Eltern wegen Teilnahme ihrer Kinder an Religionsunterricht zu warnen. Durch solche Beschlüsse sei der Beeinflussung Tür und Tor geöffnet, jedenfalls sei erwiesen, daß in der Schuldeputation Männer seien, die aus der Revolution nichts gelernt hätten.

Tiefen Ausführungen trat der demokratische Stadtverordnete Cassel scharf entgegen. Die Schuldeputation wolle auf die Eltern keinen Druck ausüben, ob ihre Kinder am Religionsunterricht teilnehmen sollen oder nicht. Der Värm der radikalen Jünger auf den Tribünen war inzwischen so groß geworden, daß der Redner nicht mehr zu hören war. Der Tumult steigerte sich noch, als der bürgerliche Stadtverordnete noch erklärte, daß auch wieder einmal eine Revolutionen kommen werde. Stadtverordnete Adolf Hoffmann meldete sich sodann zum Wort. Die Tribüne jubelte, Juchze erlösten: „Hoch der Los!“ Ein Stadtverordnete rief: „Das Theater beginnt.“ Adolf Hoffmann wendet sich zunächst gegen die Bürgerlichen und sagt: „Ich mach kein Theater, wo solche Komödianten mitspielen, wie Sie sind. Die Kinder müssen jetzt in Schulen aus dem Religionsunterricht abgemeldet werden, denn dieser

Unterricht gehört nicht in die Schule. In breiter Öffentlichkeit muß die Sache verhandelt werden. Volksversammlungen werden stattfinden und Herr Cassel wird dazu eingeladen.“

Stadtverordnete Cassel erwiderte: „In solchen Versammlungen gibt es keine geordnete Diskussion, das sieht man ja schon hier an dem Gehalt der Tribünenbesucher.“ Seine weiteren Ausführungen gehen in dem Tumult verloren.

Zur Einschränkung des Verkehrs

Berlin, 5. Sept. Aus zuverlässiger Quelle hört man, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten wegen der Überfüllung der Büge, die mit der Verkehrsrouten zusammenhängen, daran denkt, erneut eine Einschränkung des Verkehrs von Bahnhöfen anzunehmen.

Der Buchhandel ruht noch

nz. Berlin, 5. Sept. Nach den Abmündungen bestehen die Leipziger Buchhandlungsstellen nach Ausnahme des vom Leipziger Demobilisationskommissar als rechtsverbindlich festgestellten Schiedsgericht, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeitgeber erklären aber gleichzeitig, daß sie den Schiedsgericht nicht anerkennen. Die Wiedereröffnung der Buchhandlungsbetriebe ist bis auf weiteres nicht zu erwarten.

Serbien

nz. Rom, 6. Sept. (Stefani.) Die serbische Gesandtschaft in Bern veröffentlicht folgendes Kommuniqué: Wie man vernimmt, haben die letzten Anhänger des ehemaligen Königs Nikola, 600 Mann, Gasta am 1. September verlassen. Sie begeben sich nach Montenegro, um zu versuchen, in dem von den Italienern besetzten Teil dieses Landes die ehemalige Monarchie wieder aufzurichten. Es wird bestätigt, daß Prinz Peter an dieser Expedition teilnimmt. Die Leute werden durch die Italiener bewaffnet. Italienische Unteroffiziere unterweisen sie im Gebrauch der Maschinenwaffen. Jeder Teilnehmer erhält doppeltes Gold. Die „Agenzia Stefani“ teilt mit, daß dieses Kommuniqué jeder Begründung entbehre.

Malta vor dem Bankrott

Berlin, 5. Sept. Nach einer Meldung der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist die Insel Malta dem Bankrott nahe. Oberh Amro ist gestern dort eingetroffen, um die Finanzlage zu untersuchen.

Korea

nz. Versailles, 6. Sept. Nach Meldungen aus Peking unterzeichnete der Kaiser ein Dekret, wodurch Korea Autonomie und Reformen versprochen werden. Die Militärverwaltung wird durch die Zivilverwaltung ersetzt.

Eisenbahn-Zusammenstoß

nz. Frankfurt a. M., 5. Sept. Die Eisenbahn zwischen Frankfurt und Kassel ist heute von einem Zusammenstoß zwischen zwei Zügen unterbrochen. Die Ursache des Zusammenstoßes ist noch nicht bekannt. Die Züge sind schwer beschädigt, die Reisenden sind verletzt.

Großer Waldbrand

Dz. Berlin, 6. Sept. Wie dem Tagesblatt gemeldet wird, brach gestern im Bode-Tal unmittelbar bei Tals ein großer Waldbrand aus, dem große Waldbestände im Rothraupen-Wald zum Opfer fielen.

nz. Berlin, 5. Sept. Laut „Volksanzeiger“ ist Herr v. Persner durch ein Telegramm des Ministers des Innern nach Berlin zurückgerufen worden.

nz. Berlin, 5. Sept. Der Staatsminister veröffentlicht eine Verordnung über die Sicherstellung der wirtschaftlichen Arbeiten.

nz. London, 5. Sept. (Reuter, Antik.) Die Volkswirtschaften gehen am 1. Sept. unsere Stellung am Baga-Bahnhof an. Seit dem 28. August wurden an der Baga-Bahnstation und an der Baga-Bahnstation 900 Baggagen entgegengenommen.

nz. Bern, 6. Sept. Die italienische Post hat eine Nachricht der Genoa-Wahl wieder, wonach sich das italienische Königspaar mit dem Kronprinzen im Oktober nach den Vereinigten Staaten begeben wird.

nz. Bern, 5. Sept. Nach dem Bode-Tal ist die Kammer am 24. Sept. aufgelöst. Bis zu diesem Tage mußte der Berliner Friedensvertrag von der Kammer ratifiziert werden.

nz. Bern, 5. Sept. Nach Mailänder Mitteilungen haben sich die Militärbehörden mit dem direkten Telegraphenverkehr zwischen Italien und den Mittelmeeren einverstanden erklärt.

nz. Dortmund, 5. Sept. Der „Volksanzeiger“ teilt mit, daß die Polizei zwei Betrüger aus Berlin verhaftete, die in dem Warenhaus Althoff für 12000 Mark falsche Banknoten in Zahlung gegeben hatten. In ihrem Besitz wurden noch größere Falsche Banknoten gefunden.

Dz. Leipzig, 5. Sept. Heute vormittag ist der Oberbürgermeister Fröhlich mit einem Flugzeug der Automobil- und Luftfahrt-Gesellschaft abgehakt. Die Ursache des Unglücks dürfte in einem Materialfehler zu suchen sein. Der Bergungsleiter hatte sich in langer Unachtsamkeit als verantwortlicher Kampflieger bewährt und wurde von der Verkehrsverwaltung der Gesellschaft zum Einfliegen von Kampf- und Versuchsmaschinen zur Verfügung gestellt.

Dz. Paris, 5. Sept. Der Demozionist der Rik Cavell (Cullen) ist zum Tode verurteilt worden.

